

Interpellation

Staatliche Aktivitäten im Telekommunikations- und Postmarkt

Gestützt auf Art. 45. der Geschäftsordnung für den liechtensteinischen Landtag reichen die unterzeichnenden Abgeordneten der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) eine Interpellation zu den wirtschaftlichen Aktivitäten des Landes im Telekommunikations- und im Postbereich ein.

Das Land übt durch einzelne seiner öffentlichen Unternehmen wirtschaftliche Aktivitäten aus. Eine grundsätzlich liberale Wirtschaftshaltung geht davon aus, dass der Markt in der Regel für eine optimale Ressourcenverwendung sorgt. Wie die Stiftung Zukunft.li in einer kürzlich veröffentlichten Studie aufgezeigt hat, braucht der Staat auf Basis dieser Grundhaltung einen Rechtfertigungsgrund, wenn er aktiv in den freien Markt eingreift. Gerade die FBP bekennt sich zu dieser Grundhaltung und hat dies auch im Wahlprogramm für die Landtagswahlen 2021 bekräftigt: «Öffentlich-rechtliche Unternehmen sind dazu verpflichtet, den Service public, also die Grundversorgung, sicherzustellen. Staatsbetriebe sollen nicht das private Unternehmertum konkurrenzieren, weshalb der in den letzten Jahren verstärkt auftretende Eingriff in die Privatwirtschaft zu hinterfragen ist. Das private Unternehmertum soll gestärkt werden. Was von der Privatwirtschaft erbracht werden kann, soll auch von ihr erbracht werden». Dieser Grundsatz ist auch in den Koalitionsvertrag für die laufende Legislatur eingeflossen. Die Koalitionsparteien sind gefordert, diesem Bekenntnis auch Taten folgen zu lassen, was die FBP-Fraktion mit dieser Interpellation anstossen möchte.

Im Telekommunikations- und Postbereich war die Rechtfertigung für staatliches Unternehmertum bei der Schaffung der entsprechenden Infrastrukturen ohne Zweifel gegeben. Die Dienstleister haben über Jahrzehnte einen relevanten Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes geleistet und tun dies heute noch.

Allerdings verändern sich gerade diese Bereiche sehr dynamisch. Vor allem die Möglichkeiten der Digitalisierung haben sowohl das Kundenverhalten als auch den Wettbewerb in den letzten Jahren erheblich beeinflusst. Wichtige Ertragsquellen wie die Festnetztelefonie im Telekommunikationsbereich oder der Briefmarkt und der Schalterzahlungsverkehr der Post sind in den letzten Jahren teilweise markant gesunken und stellen die Unternehmen vor grosse Herausforderungen. Wie die Stiftung Zukunft.li richtig festhält, zwingen die politischen Vorgaben an die Unternehmen, nämlich eigenwirtschaftlich zu arbeiten und wenn möglich noch Dividenden auszuschütten, sich in neuen Märkten zu engagieren. Dies führt unweigerlich zu einer Konkurrenzierung der Privatwirtschaft, was aber die Regierungsparteien gemäss Koalitionsvertrag gerade vermeiden möchten. Zudem hat die Umsetzung der europäischen Liberalisierungsrichtlinien den Boden für Wettbewerb sowohl in diesen angesprochenen Bereichen als auch in anderen Sektoren wie dem Energiebereich geschaffen.

Ein kürzlich erschienenes Interview des Liechtensteiner Volksblatt mit dem CEO der Telecom hat eindrücklich aufgezeigt, in welch dynamischen Veränderungen sich das Unternehmen befindet, aber auch eine offene Haltung zur Frage der Eigentümerschaft gezeigt.

Die Interpellanten sind der Ansicht, dass eine Veränderung gewachsener Strukturen wohlüberlegt und auf Basis ausreichender Informationen erfolgen muss. Gerade im Postbereich ist die finanzielle Transparenz für politische Entscheidungen heute nicht gegeben. Schliesslich können nebst Wettbewerbsüberlegungen auch regulatorische Anforderungen und souveränitätspolitische Aspekte eine Rolle spielen. Dennoch verlangt die politische Verantwortung, sich diesen Fragen zu stellen und rechtzeitig die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen. Noch ist der Spielraum dafür vorhanden

und die FBP-Fraktion möchte verhindern, dass die Thematik aufgrund der erkennbaren Dynamik mit Hauruckaktionen oder schlechtestenfalls durch Sanierungen gelöst werden muss.

Die Interpellanten laden die Regierung ein, nachfolgende Fragen zu diesem Themenkomplex zu beantworten:

1. Wie schätzt die Regierung generell die weitere Entwicklung für die öffentlichen Unternehmen im Telekommunikations- und im Postsektor in den nächsten fünf bis zehn Jahren ein und welche konkreten Leistungen sollen die beiden Unternehmen künftig im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Service Public- also Grundversorgungs-Dienste erbringen?
2. Welche Haltung nimmt die Regierung grundsätzlich zu einer Privatisierung der Telecom Liechtenstein AG ein? Wird die Regierung in naher Zukunft den staatlichen Ausstieg aus diesem Geschäftsfeld prüfen? Wenn nein warum nicht?
3. Welche Voraussetzungen müssten gegeben sein, um die Telecom Liechtenstein AG zu privatisieren und die dafür notwendigen Schritte einzuleiten?
4. Wenn ein Schritt bzgl. der Grundversorgungsanbieter gemacht würde, wer wäre nach Ansicht der Regierung der richtige Träger der Netzinfrastruktur (z.B. Kupfer, Glasfaser, 4G, 5G, ...). Welche Entscheidungsgrundlagen werden hierfür herangezogen?
5. Die Interpellanten sind der Ansicht, dass mit einer vertikalen Trennung der Mobilfunknetzinfrastruktur bzw. einem Monopol, gleichzeitig die Strahlenbelastung gesenkt und die Netzqualität verbessert werden könnte. Teilt die Regierung diese Einschätzung und sieht sie hier Wege dies umzusetzen? Besten Dank für die Begründung der Antwort.
6. Was kostet den Staat aktuell die Grundversorgungsleistungen der Liechtensteinischen Post AG, aufgesplittet in die entsprechenden Bereiche?
7. Falls für die umfassende Kostentransparenz bei der Post eine Anpassung der Beteiligungsstrategie notwendig wird: Bis wann könnte dies vollzogen werden, damit der Landtag / die Öffentlichkeit möglichst rasch Transparenz im Rahmen des Geschäftsberichts erhält?
8. Erachtet die Regierung den Zeitpunkt als gegeben, die gesetzlichen Vorgaben bzgl. der Grundversorgung der Post den aktuellen Anforderungen einer digitalen Welt anzupassen und so die Anforderungen an die Zugangspunkte und Dienstleistungen technologie-neutral zu formulieren? Wenn nein, warum nicht?
9. Wie könnte der neue Grundversorgungsauftrag für die Post in dem unter 6. geschilderten neuen, digitalen Umfeld lauten?

Sascha Quaderer
Franziska Hoop
Bettina Petzold-Männ
Sebastian Schädler
Daniel Seger
Wendelin Lampert

Daniel Ochry

Albert Frick

Karl Zech Hoop

Johannes Kaiser

Vaduz, 31. August 2021